

Ausschuss lobte Projekt „Essbare Gemeinde“

Baumschutzsatzung und Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ wurden vom Ausschuss abgelehnt

Kontrovers wurde der Beitritt ins Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie diskutiert, der auf einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen basierte. Einerseits begrüßten alle Ausschussmitglieder die Möglichkeiten, die dieses Netzwerk bietet: Die Kommunen könnten gemeinsam die Bedeutung von Natur im unmittelbaren Lebensumfeld des Menschen und den Schutz von Biodiversität in den Kommunen in den Mittelpunkt stellen.

Andererseits ginge die Gemeinde Weilerswist jedoch die „Selbstverpflichtung“ ein, zukünftig kein Bauland „auf der grünen Wiese“ zu entwickeln. Da die Gemeinde Weilerswist über keinerlei Brachflächen verfügt, könnte zukünftig in der Gemeinde Weilerswist kein Bauland „aktiviert“ werden. Unter Abwägung dieser Aspekte entschied sich der Ausschuss mehrheitlich dazu, dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ nicht beizutreten.

Das Projekt „Essbare Gemeinde“ wurde von dem „Grünexperten“ Christoph Zimmermann im Ausschuss vorgestellt. Er skizzierte Projektziele und -inhalte wie die themenbezogene Gestaltung und Bepflanzung der Flächen in den verschiedenen Ortsteilen und die Integration der Bürger:innen. Dazu gehören Pflege, Nutzung und Ernte durch Vereine, Bürger, Touristen, Schüler und alle, die daran Interesse haben.

Weiterhin gab es für die Ausschussmitglieder Informationen darüber, dass beispielsweise Anpflanzungen der Flächen analog über Info-Tafeln oder -Stelen beschrieben sowie digital über QR Code und Audio-Guide abgerufen werden können. Die Alleinstellungsmerkmale der Bördelandschaft sollen mit dem Projekt ausgearbeitet und präsentiert werden, das Aufgreifen von Trends wie „Urban Gardening“ wird bei dem Projekt „essbare Gemeinde“ ebenso ebenso berücksichtigt wie die Vernetzung mit der Forschung.

Partner:innen des Projekts sind heute schon die Insektenfreunde Weilerswist, der Dorfverschönerungsverein Vernich, der Swister Turm Verein, der Förderverein Essbare Gemeinde e.V., Landwirte der Gemeinde, Imker:innen, Waldführer:innen, Benjensheckenbauer:innen, die Sonne e.G., der Ernährungsrat Köln e.V. sowie die Bio Station Euskirchen, die Hochschule Bonn und verschiedene engagierte Bürger:innen.

Abschließend wurde im Ausschuss von Herrn Zimmermann nochmals betont, dass alle interessierten Bürger:innen und Vereine herzlich eingeladen sind, sich an dem Projekt „Essbare Gemeinde“ zu beteiligen. Die lebhaften Rückmeldungen im Ausschuss fielen fraktionsübergreifend durchweg positiv aus.

Einig waren sich die Ausschussmitglieder im Hinblick auf die Bedeutung, die Bäume im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen und für die Biodiversität haben. Eine Baumschutzsatzung und die damit verbundenen Regulierungen und Eingriffe in die Eigentumsrechte wurde mehrheitlich nicht als geeignetes Mittel gesehen, Bäume besser zu schützen. Der entsprechende Antrag Fraktion Bündnis90/Die Grünen wurde mehrheitlich abgelehnt.

Der Energieverbrauch der gemeindlichen Liegenschaften wird auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zusammengestellt. Ziel ist es, auf Basis dieser Informationen einzelne Bereiche im Hinblick auf Möglichkeiten zur Reduktion des Energieverbrauchs zu untersuchen und Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen. Die Daten sollen regelmäßig fortgeschrieben werden.

Aus der Bürgerschaft wurde an die Bürgermeisterin die Anfrage zu einer Patenschaft für den Erftteich gerichtet. Die UWV-Fraktion griff dies auf und setzte das Ansinnen als Antrag auf die Tagesordnung des Ausschusses. Eine Patenschaft für den Erftteich, so die Verwaltung, sei grundsätzlich zu begrüßen. Über die Patenschaft könne aber erst beraten werden, wenn die erforderliche Genehmigung für den Bestand des Biotops erteilt worden sei.

Schließlich gab es seitens der Grünen-Fraktion noch eine Anfrage zum „Josef-Esser-Umweltpreis“. Hierzu erklärte die Verwaltung, dass die Ausschreibung des Josef-Esser-Preises aufgrund der pandemischen Situation in 2020 und 2021 ausgesetzt worden sei. Sowohl die Sitzungen des Kuratoriums, die Präsentationen der Projekte als auch die Preisübergaben wären mit der Corona-Schutz-Verordnung nicht vereinbar gewesen.

Die Josef-Esser-Stiftung ist eine unselbstständige Stiftung, für die die Gemeinde eine „Treuhandfunktion“ innehat. Aus diesem Grunde stehen für den Rat zur „Josef-Esser-Stiftung“ wichtige Beratungen und Entscheidungen an. Unter anderem geht es darum, wie der „Josef-Esser-Umweltpreis“ in Zukunft attraktiver gestaltet werden kann. Das Interesse an der Ausschreibung hatte in den letzten Jahren merklich nachgelassen.

Zudem stellt sich die Frage nach der Finanzierung der ausgelobten Preisgelder. Aufgrund der Zinssituation können aus dem Stiftungsvermögen derzeit keine Erträge für die Preise des „Josef-Esser-Umweltpreises“ erzielt werden. Dies ist in der Satzung der Stiftung ausdrücklich so festgelegt. Der Rat muss nun entscheiden: Soll für die Sicherstellung der Preisgelder zukünftig ein Kapitalverzehr des Stiftungsvermögens möglich sein? Hierzu bedürfte es allerdings einer Satzungsänderung, die der Rat entscheiden müsste.